

*Tönsmeyer, Tatjana: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn.*

Schöningh-Verlag, Paderborn, München, Wien, Zürich 2003, 387 S.

Im Mittelpunkt dieser sehr verdienstvollen Dissertation stehen die Wahrnehmung, die Perzeption der Slowaken und ihres Staates seitens der Akteure auf deutscher Seite, vor allem der Akteure vor Ort, und schließlich deren Auftrag, die Interessen und mit ihnen militärische wie politische Ziele des Dritten Reiches im „politischen Alltag“ umzusetzen. Wie sah die Praxis der in die Slowakei entsandten deutschen „Berater“ aus und welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen für die Beantwortung von Fragen wie: Warum gab es überhaupt die Slowakei als Staat von Hitlers Gnaden? Was bedeutete es, ein „Schutzstaat“ im NS-Bündnissystem zu sein? Konnte sich ein solcher, und wenn ja, in welchem Ausmaß gegenüber seinem übermächtigen Nachbarn behaupten? Wie gestaltete sich „Einflussnahme“, wie die Zusammenarbeit und schließlich die Durchsetzung von deutschen und auch slowakischen Interessen?

Zu der Thematik der deutsch-slowakischen Beziehungen liegen auf deutscher Seite ältere, bislang vor allem diplomatiegeschichtliche Arbeiten vor. Auf slowakischer Seite zeichnen sich die wenigen nach 1989 erschienenen Beiträge „methodisch [...] durch einen ängstlichen Positivismus aus“ (so Tönsmeyer, S. 17). Ein solcher Forschungsstand auf slowakischer Seite ist darauf zurückzuführen, dass um dieses frühere Tabuthema der bis 1989 als ‚Klerikal-Faschismus‘ angeprangerten Staatsbildung seit 1989 heftige Auseinandersetzungen „um die Traditionsfähigkeit des Slowakischen Staates der Jahre 1939 bis 1945“ (ebenda) geführt wurden. Unbelastet von derlei geschichtspolitischen Auflagen rückte in der deutschen Forschung zur NS-Außenpolitik immer mehr die Frage nach den Entscheidungsprozessen und den Akteuren in den Mittelpunkt, so dass die Untersuchung der Akteure vor Ort eine konsequente Weiterentwicklung dieses Forschungsansatzes darstellt.

Ausgehend von theoretischen, vor allem aus der Politikwissenschaft übernommenen Überlegungen zu Perzeption (Robert Jervis), Einflussosphäre (John P. Vloyantes), penetriertem System (James N. Rosenau) und Alltag (Alf Lüdtke und Rudolf Vierhaus) sowie gestützt auf die Auswertung eines ungemein umfangreichen Archivmaterials deutscher wie slowakischer Provenienz untersucht die Autorin Wahrnehmungsmuster als Prädisposition für politische Entscheidungen und die davon bestimmten Interaktionen von Akteuren auf deutscher wie auf slowakischer Seite.

Tönsmeyer konstatiert eine bis 1938/39 wirksam gebliebene Tradition der Nicht-Wahrnehmung der Slowakei, eng verbunden mit der Fixierung auf die negativ stereotypisierten Tschechen, wobei für Hitler die Slowakei nur als Sprengsatz für den gemeinsamen tschechoslowakischen Staat wichtig war, so dass die slowakische Staatsgründung zu einem Nebenprodukt der Zerschlagung der Tschechoslowakei geriet. Der Slowakei wurde Eigenstaatlichkeit gewährt, bei gleichzeitiger Einbindung in den deutschen Machtbereich. Diese Einbindung sollte ab Sommer 1940 die Tätigkeit der 26 namhaft zu machenden Berater vor Ort sicherstellen und in die politische Praxis umsetzen.

Bei ihrer Untersuchung der Beratertätigkeit in den Bereichen soziale Fragen und innere Sicherheit, Wirtschaft, Massenorganisationen und Militär kommt die Autorin

zu dem Ergebnis, dass in allen Bereichen, in denen ein Transfer von „Know how“ von slowakischer Seite erwünscht und als Entwicklungshilfe willkommen war, die Zusammenarbeit als nützlich und effektiv wahrgenommen wurde. Im Besonderen gilt dies für die Wirtschaftsbeziehungen, in deren Rahmen die Ausschöpfung des slowakischen Wirtschaftspotentials für die deutsche Kriegswirtschaft ohnehin vertraglich geregelt und somit die „alltäglich“ wirksame Verpflichtung der slowakischen Seite festgeschrieben war.

In anderen Bereichen jedoch, in denen es wie bei der Staatspartei und ihren Massenorganisationen um die Angleichung oder den Aufbau von slowakischen Institutionen nach nationalsozialistischem Vorbild ging, also um einen „Ideologietransfer“, stießen alle Beratungsbemühungen „auf taube Ohren“ (S.326). Diese Spielart „revolutionärer Außenpolitik“ nach Ribbentrop war offenbar aus vielerlei Gründen zum Scheitern verurteilt, unter anderem auch deshalb, weil die Berater die tatsächlichen Interessen auf slowakischer Seite, nämlich einen eigenen Nationalstaat nach den Ideen eines korporativ verfassten, katholischen Ständestaates aufzubauen, entweder überhaupt nicht oder allzu oft missverstanden haben. Das autoritäre Staatsverständnis der slowakischen Politiker bildete einen auch nicht immer tragfähigen Boden für die Kooperation mit den Beratern. Versuche deutscher Einflussnahme auf die Organisation der slowakischen Gesellschaft hat die slowakische Regierung aus dem von ihr definierten „nationalen Interesse“ von vornherein abgeblockt. Ihr ging es nach Tönsmeier darum, die eigene Nation vor deutscher Überfremdung zu schützen. Diese Manifestationen slowakischen Eigensinns mit den damit verbundenen Reibungsverlusten in der deutsch-slowakischen Kooperation wurden von den Beratern entweder gar nicht wahrgenommen oder missverstanden, da diese von einer Interessenidentität als Basis der deutsch-slowakischen Beziehungen und Interaktionen ausgingen. Da die Berater selbst nicht weisungsberechtigt waren, fehlte ihnen die Möglichkeit, vor Ort Druck auszuüben, zumal auch der deutsche Gesandte Ludin die Ansicht vertrat, dass die Slowakei zwar ein verbündeter, doch auch ein selbstständiger Staat sei.

Es bleibt das Fazit dieser Arbeit, dass die Perzeptionslücke auf deutscher Seite den slowakischen Akteuren Handlungsspielräume eröffnet hat, die recht wirksam genutzt wurden, so dass die in der Fachliteratur bislang benutzten Zuschreibungen von „Marionetten-“, oder „Satellitenstaat“ sich für die Rekonstruktion der slowakischen Staatlichkeit von 1939 bis 1944 als untaugliche Stereotypen herausstellen. Die slowakischen Politiker agierten mitnichten als „Befehlsempfänger“ deutscher Machtrepräsentanten und ließen weder sich noch ihre Institutionen „gleichschalten“, sie bekamen vielmehr die Chance einer größeren Selbstständigkeit und damit die Möglichkeit, im „nationalen“ Bereich Eigensinn in Selbstbehauptung umzusetzen.

Dies gilt selbst für den Bereich der „Judenpolitik“, die bis in die Gegenwart irrtümlich als Exempel für die slowakische „Versklavung“ bemüht wird. Die autochthone Judenfeindschaft der slowakischen politischen Elite war ausschlaggebend für die antijüdischen Gesetze ab März 1939, die Deportation jüdischer Bürger im Herbst 1938 in die an Ungarn angeschlossenen Gebiete, die Enteignungs- bzw. „Arisierungs“-Maßnahmen im Frühjahr 1940. Das waren Maßnahmen, die noch vor

Ankunft des Judenberaters Dieter Wisliceny getroffen worden waren. Es bedurfte keines Drucks von deutscher Seite, um die „Judenfrage“ zu lösen, vielmehr wurde das deutsche Angebot der massenhaften Deportation deshalb akzeptiert, um alle durch Enteignung proletarisierten Juden mit ihren Angehörigen loszuwerden. „Der slowakischen Regierung ging es um den Besitz der betroffenen Menschen, nicht um die Menschen selbst“ (S. 160), so dass sich slowakische Judenfeindschaft und deutsches Organisationsangebot recht wirksam ergänzten und den Tod von 60.000 Angehörigen dieser Minderheit im Jahr 1942 herbeiführten.

Eine solche Interessenübereinstimmung gab es auch bei Rüstungslieferung und Kriegsbeteiligung, nicht jedoch bei der Organisation der slowakischen Gesellschaft, die nach Ansicht von Tönsmeier dennoch kein damit konkurrierendes Ziel darstellte. Übersehen wird hierbei, dass unter den besonderen Bedingungen von Kriegsführung und Kriegswirtschaft die ordnungspolitischen Vorstellungen deutscher Reichsstellen, zumal der SS, mit den damit implizierten Divergenzen nicht mehr oder nur bruchstückhaft zur Anwendung gekommen sind, so dass die Schlussfolgerung, dass es sich bei den deutsch-slowakischen Beziehungen der Jahre 1939 bis 1945 um ein „weitgehend problemloses Verhältnis zweier verbündeter Staaten handelte“ (S. 337), nicht sehr zutreffend erscheint. Dem Befund der Autorin betreffend die überraschend großen Freiräume für slowakische Politik im „nationalen“ Interesse – das sich nicht in allen, jedoch in wichtigen Bereichen mit dem „deutschen“ in Übereinstimmung bringen ließ – ist wohl zuzustimmen. Allerdings bleiben viele Fragen offen. Die zentrale Frage der fehlenden Weisungsberechtigung der NS-Berater hätte stärker problematisiert gehört, gerade in Rückbindung an die jeweiligen deutschen Auftraggeber. Es drängt sich förmlich der Eindruck auf, dass die gesamte Beratertätigkeit einen stark experimentellen Charakter hatte. Indirekt wird das von Tönsmeier bestätigt, wenn sie feststellt, dass es unter dem Gesandten Ludin (der nach Abberufung von Killinger ab der Jahreswende 1940/41 amtierte) zu einer Abkehr von der „revolutionären Außenpolitik“ gekommen war und man von „einer ‚Rückentwicklung‘ zu Formen der klassischen Politik zwischen zwei Staaten sprechen kann“ (S. 92). Ähnliches gilt auch für den auffälligen Erfolg des Wirtschaftsberaters, den Tönsmeier darauf zurückführt, dass „Abkommen und Verträge, also das klassische Instrumentarium der Außenpolitik, dafür ideale Voraussetzungen geschaffen hatten“ (S. 211). Das legt auch den Umkehrschluss nahe, dass „große Politik“ und die Materialisierung der Herrschaft vor Ort durch die Beratertätigkeit nicht immer identisch zu setzen sind und die Ausplünderung der Slowakei aufgrund entsprechender Verträge von 1939/40 keinesfalls als „problemloses Verhältnis“ beurteilt werden kann.

Das Scheitern dessen, was die Autorin etwas oberflächlich als „Ideologietransfer“ bezeichnet, denn gerade dieser war sicherlich als Instrument für die Penetration eines Systems, einer Gesellschaft vorgesehen, dieses Scheitern ist wahrscheinlich mit der Prioritätenliste des NS-Regimes in Zusammenhang zu bringen, in der nach dem Angriff auf Russland der „Endsieg“ ein größeres Gewicht hatte; doch aufgeschoben war nicht aufgehoben. Auch hat die polykratische Struktur der NS-Entscheidungsträger eine wirksame Koordinierung und damit auch die nachhaltige Kontrolle jeglicher Beratertätigkeit erschwert und damit ihre mögliche Effizienzsteigerung bei

der Geltendmachung deutscher Interessen von vornherein unterbunden. Die Untersuchung dieses Faktors durch stärkere Einbeziehung reichsdeutscher Machtstrukturen und Entscheidungsträger war offenbar im Rahmen dieser ohnehin sehr aufwendigen Untersuchung leider nicht möglich.

Es sind vor allem systemimmanente Gründe, wie zum Beispiel die ohnehin recht unscharfen Vorstellungen zur europäischen NS-Ordnungspolitik, die den von der Autorin angeregten Vergleich mit den bis 1944 im deutschen Machtbereich verbliebenen Staaten Südosteuropas erschweren, besonders wenn diesen von vornherein eine unterschiedliche Rolle in den NS-Raumordnungsplänen zugedacht war. Hier ist als Beispiel nur auf die unterschiedliche Behandlung von Slowenen und Kroaten hinzuweisen, die ideologisch begründet, das heißt sehr von rassistischen Überlegungen einer möglichen „Germanisierung“ geprägt war. Den Umgang mit den Juden und damit den Holocaust als Beleg dafür heranzuziehen, dass Länder wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien für Akteure der reichsdeutschen Außenpolitik gleichfalls eine Perzeptionslücke darstellten, die den einheimischen Akteuren größere Handlungsspielräume eröffnet hätten (S. 339), ist bei der Sonderstellung der „Judenfrage“ – wie selbst auch das slowakische Beispiel zeigt – überaus problematisch. Bei einem solchen Vergleich sollte auch keineswegs die Frage übersehen werden, in welchem Ausmaß in jenen Staaten überhaupt Berater aktiv geworden sind, was für Ungarn beispielsweise erst nach der Besetzung des Landes nach dem 19. März 1944 zutrifft. Ungarn hat bis 1941 territorial gesehen aus seinem Bündnis mit Hitler auf Kosten der Slowakei, Rumäniens und Jugoslawiens den größten Nutzen gezogen. Die Gründe hierfür sind sicherlich nicht in einer „Perzeptionslücke“ auf deutscher Seite zu suchen, verkörperte doch beispielsweise das ungarische Staatsoberhaupt Miklós Horthy mit seinem militärischen Rang als Admiral auch die damals vielgerühmte Waffenbruderschaft Ungarns mit dem Deutschen Reich im Ersten Weltkrieg.

Die kritischen Äußerungen der Autorin am Schluss ihres Buches über „Politik, Alltag und Kollaboration“ sind sehr zu begrüßen und ihre Forschungsergebnisse bieten eine gute Ausgangsbasis für eine für den Wissenschaftsdiskurs notwendige Dekonstruktion der Begriffe „Kollaboration“ und „Hegemonie“. „Die Kollaborationsforschung steht noch ganz am Anfang“ (S. 342), das ist angesichts der Widerstände, die ihr in den Ländern Südosteuropas bis heute entgegenschlagen, sicherlich zutreffend. Tönsmeyers Vorschlag, Herrschaft als sozialen Prozess zu untersuchen, „der sich im Alltag ‚materialisiert‘“ (S. 347), ermöglicht als „politische Alltagsgeschichte“ einen methodisch vielversprechenden und damit besseren Zugang zur Erforschung asymmetrischer Machtbeziehungen eines kleinen zu einem übermächtigen großen Staat als die bislang vorherrschende Praxis der Stereotypisierung solcher Beziehungen. Doch bleibt die Frage offen, ob die Anpassung des kleinen an die Kerninteressen des großen Staates seine weitgehende Gleichschaltung verhindern und ob ein solches Konzept tatsächlich sein Überleben sichern kann und wenn ja, zu welchem Preis.